



ZDF-Politbarometer Juli 2014 - Nach der WM: Angela Merkel mit Bestwerten

ZDF-Politbarometer Juli 2014 - Nach der WM: Angela Merkel mit Bestwerten
Nur jeder Vierte hält Verhältnis zu USA für dauerhaft beschädigt
Der Weltmeister-Titel hat das ganze Land in Hochstimmung versetzt. Selten so viele Menschen beurteilen ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut (62 Prozent; schlecht: 8 Prozent; teil/teils: 30 Prozent), und auch die wirtschaftliche Situation des Landes insgesamt wird sehr positiv gesehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel wird jetzt auf der +5/-5-Skala mit einem Durchschnittswert von 2,8 beurteilt. Das ist ihr bester Wert bisher überhaupt, ein Zehntel mehr als sie unmittelbar nach der gewonnenen Bundestagswahl 2013 erhalten hatte. Für deutliche Mehrheit zählt Merkel mehr als die Inhalte der CDU/CSU
Die seit Monaten konstant guten Umfragewerte für die CDU/CSU hängen nur für 18 Prozent aller Befragten mit den von der Union vertretenen politischen Inhalten zusammen, 72 Prozent sehen dagegen die Ursache für das Dauerhoch hauptsächlich in der Person der Kanzlerin begründet (Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht").
Zwei Drittel wünschen sich, dass Merkel 2017 noch einmal zur Wahl antritt
Angesichts dieses Urteils verwundert es nicht, dass 65 Prozent meinen, Merkel solle bei der nächsten Bundestagswahl 2017 ein weiteres Mal als Kanzlerkandidatin antreten, 29 Prozent wollen das nicht. In den Reihen der CDU/CSU-Anhänger fällt das Votum für eine weitere Kandidatur mit 84 Prozent noch deutlicher aus (dagegen: 12 Prozent).
Projektion: CDU/CSU im Plus, SPD und AfD im Minus
Auch bei der Projektion macht sich dieser Trend bemerkbar: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU jetzt auf 41 Prozent (plus 2) und die SPD auf 24 Prozent (minus 1). Die Linke bliebe konstant bei 9 Prozent, die Grünen könnten weiterhin mit 11 Prozent rechnen und die FDP unverändert mit 3 Prozent. Die AfD käme jetzt nur noch auf 5 Prozent (minus 1). Die anderen Parteien zusammen erzielten erneut 7 Prozent.
Top Ten: Neben Merkel legt auch Frank-Walter Steinmeier deutlich zu
Neben Angela Merkel mit 2,8 (Juni II: 2,4) auf Platz eins der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker kann sich vor allem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf Platz zwei mit 2,4 (Juni II: 1,9) auf der Skala von +5 bis -5 auf einen persönlichen Spitzenwert verbessern. Danach folgen Wolfgang Schäuble mit 2,0 (Juni II: 1,9), Hannelore Kraft mit 1,8 (Juni II: 1,6), Sigmar Gabriel mit 1,2 (Juni II: 1,1), Peer Steinbrück mit 1,1 (Juni II: 0,9), Ursula von der Leyen mit 1,0 (Juni II: 0,8), Andrea Nahles mit unveränderten 0,5 und Gregor Gysi ebenfalls mit 0,5 (Juni II: 0,3). Neues Schlusslicht ist jetzt Horst Seehofer mit unveränderten 0,3.
74 Prozent finden es angemessen, dass US-Geheimdienstler Deutschland verlassen musste
Als Reaktion auf die Enttarnung von zwei in deutschen Behörden tätigen Spionen für die USA hat die Bundesregierung den obersten Repräsentanten der US-Geheimdienste in Deutschland aufgefordert, das Land zu verlassen. Diese Reaktion halten 74 Prozent für angemessen, lediglich 10 Prozent bezeichnen das als eine zu starke und 13 Prozent als zu schwache Antwort. Allerdings glaubt kaum jemand (3 Prozent), dass die USA jetzt das Ausspionieren deutscher Behörden beenden werden, 95 Prozent gehen von einer Fortsetzung aus.
Verhältnis zu den USA war nur während des Irak-Kriegs schlechter
Knapp die Hälfte aller Befragten (49 Prozent) bezeichnet momentan das Verhältnis zu den USA als (sehr) gut und unwesentlich weniger (48 Prozent) als (sehr) schlecht. Im Januar 2014 - also während der NSA-Affäre - waren es immerhin noch 57 Prozent, die das Verhältnis zu den USA als (sehr) gut bezeichneten. Lediglich während des Irak-Kriegs beurteilte eine deutliche Mehrheit das Verhältnis zu den USA als (sehr) schlecht. Allerdings meinen jetzt nur 25 Prozent, dass das Verhältnis zu den USA aufgrund der aktuellen Vorfälle dauerhaft beschädigt bleibt, 72 Prozent glauben das nicht.
Mehrheit will kein stärkeres deutsches Engagement im Nahost-Konflikt
Lediglich 40 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Deutschland zur langfristigen Lösung des Nahost-Konflikts einen größeren Beitrag leisten sollte. 54 Prozent votieren gegen ein verstärktes deutsches Engagement, darunter besonders viele Anhänger von CDU/CSU und AfD aber auch der Linke. Diese mehrheitliche Zurückhaltung basiert auch auf einer großen Unsicherheit bezüglich der Schuldfrage in dem Konflikt: So sehen sich 73 Prozent aller Befragten nicht in der Lage, Israelis oder Palästinensern die hauptsächliche Schuld an den aktuellen militärischen Auseinandersetzungen zu geben. 18 Prozent sehen die größere Schuld bei Israel und 9 Prozent bei den Palästinensern.
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 15. bis 17. Juli 2014 bei 1273 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteianteil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteianteil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 44 Prozent, SPD: 26 Prozent, Linke: 8 Prozent; Grüne: 12 Prozent, FDP: 2 Prozent, AfD: 5 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 22. August 2014. Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage auf www.forschungsgruppe.de
ZDF-Strasse 1
55100 Mainz
Deutschland
Telefon: +49 (0) 6131-700
Telefax: +49 (0) 6131-70-12157
URL: <http://www.zdf.de>

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.